

weis. Pierre Cots auf
deutschen Arme und
ohne eine sofortige

Schildebeche.

hr vorm. Hauptgottes-
m. Kindergottesdienst;
hr abends Bibelstunde

und Weltpolitik: Dr.
in Bethel. Zuschriften
fach 28. Für Geld-
77. „Aufwärts“, Geschäfts-
ruf 3911/3919, Amt
in Bethel.

Freienwalde a. d. N.

der Jugend

Lehrerin.

Geschichtsbücher des
Fg. und 8 Pfg. Porto.

März wird für ein
einfache ein gef. gewiss
erfahrenes

Mädchen

Redungen unt. R 112
Schäftsstelle d. W. B. B.

haus

ummann

Goldschneiderei

ateurarbeiten

felsinen

Hafen, gerant gesund
kisten 504 Stck., klein
360 mittel Mk. 14,50
k. 16.-, 240 ganz groß
einschl. Verpack. gegen
nahme. Preisliste frei
ube, Fruchtpost,
12, Postfach 767.

bei zeitgemäßen

thel bei Bielefeld

en

endmal bewährte Mittel

Preis 1,80 Mk.

theken.

torium Teutoburg

efeld

haben im „Aufwärts“

großen Erfolg

gesimä wird in dem

gepredigt werden.

ner.

1/4 Uhr in der Auf-

chen.

die Evangelisation

e Grippe-Epidemie

en den bisherigen

um

och

en

en!

del.

chl

ge

ial!

(mi)

es!

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und
0.85 Vierteljahrs, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelieferung 10 Pfg. Postfach 1010 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
1010 Hannover 67 377.

Nr. 44.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 21. Februar 1933.

15. Jahrgang.

Wie oft wirst du gesehn
Aus stillen Fenstern,
Von denen du nichts weißt...
Durch wieviel Menschengeist
Magst du gesehn sein,
Nur so im Geln...

Morgenstern.

Ungarischer Wiederaufbau.

Von Andreas von Zombori-Kun.

Wir begrüßen es besonders, daß in den nachstehenden
Ausführungen von ungarischer Seite selbst die Notwen-
digkeit der loyalen Minderheitenpolitik unterstrichen wird,
an der es bisher in Ungarn gegenüber dem alteingesessenen
ungarisch-deutschen Volkstum gefehlt hat. So eng ungarische
und deutsche Interessen in der großen interna-
tionalen Politik sonst verbunden sind, so muß sich doch
Ungarn darüber klar sein, daß rückhaltlose Loyalität
nicht nur gegenüber dem Reich, sondern gegenüber dem
Gesamtdeutschum eine zwingende Voraussetzung für wei-
tere politische Kameradschaft ist.

Wir wollen mit allen friedlichen Mitteln trachten,
daß die Friedensverträge im Geiste des Rechts und der
Gerechtigkeit einer Revision zugeführt werden. Dabei
legen wir das größte Gewicht auf das uneingeschränkte
Geltendwerden aller Minderheitenrechte. Selbstverständ-
lich verschließen wir uns ansonsten nicht der Zusammen-
arbeit mit den übrigen Donaufstaaten. Das ist das schlichte
und klare außenpolitische Programm der neuen ungarischen
Regierung, das jetzt Koloman von Kanya, bisheriger
Gesandter Ungarns zu Berlin, nunmehriger Außen-
minister seines Freundes Julius Gömbös, in die Tat um-
zusetzen hat.

Die Freundschaft und Zusammenarbeit des Minister-
präsidenten Gömbös und seines Außenministers
Kanya ist nicht von heute. Selbstverständlich war es der
antihabsburgische Gedanke, der den ehemaligen Diplo-
maten des k.u.k. Ballhausplatzes unruhigen Angeden-
kens und den ehemaligen k. u. k. Generalstabshaupt-
mann zusammengeführt hatte. Das Mißlingen des unter
der Bezeichnung Königsputz bekannten Restaurations-
versuches des Königs Karl war in erster Linie diesen bei-
den Herren zu verdanken. Ob ihr Sieg über den Habs-
burger für Ungarns Zukunft nicht einem Pyrrhussieg
gleichkommt, wird die Zukunft lehren; jedenfalls ver-
setzen sie den Legitimisten den Todesstoß; vielleicht für Jahr-
zehnte. Seit dieser negativen Tat sind nun Jahre vergan-
gen, und jetzt ist es an der Zeit, daß die Arbeitsgemein-
schaft Gömbös-Kanya den Beweis ihres positiven Könnens
erbringt.

Mit der festgelegten außenpolitischen Linie kann man
wohl auch deutscherseits rückhaltlos einverstanden sein,
wenn das „uneingeschränkte Geltendwerden“ der Min-
derheitenrechte auch in Rumänien selbst konsequent
durchgeführt wird. In diesem Falle wird man Gömbös
ohne weiteres das Recht geben, diese Forderung auch an
alle übrigen Donaufstaaten zu richten. Auch mit der Re-
visionsbewegung kann Deutschland nur einverstanden
sein: Die Abänderung der längst veralteten Verträge und
die damit eng verbundene uneingeschränkte Anerkennung
der Gleichberechtigung aller Staaten liegt zweifellos im
Interesse aller ehemaligen Zentralmächte.

Auch bezüglich der innerpolitischen Zielsetzung kann
man die Gömbös'schen Bestrebungen bejahen. Er will, wie
dies in seinem 100 Punkte umfassenden großangelegten
„Nationalen Arbeitsplan“ zum Ausdruck gebracht wird,
die Nation stärken, zur Blüte bringen, und für jeden un-
garischen Bürger das höchst erreichbare moralische und ma-
terielle Gedeihen sichern. Da dieses Ziel, wie Gömbös rich-
tig erkennt, nur innerhalb eines starken, mit festen Ziel-
setzungen arbeitenden und durch einen kräftigen konstitu-
tionellen Zentralwillen geleiteten unabhängigen Natio-
nalsstaates verwirklicht werden kann, betrachtet Gömbös
als das Idealziel seiner Regierungstätigkeit den pro-
grammatischen Ausbau des „selbstständlichen ungarischen
Nationalstaates“. (Wohlgemerkt: Bei einem uneinge-
schränkten Geltendwerden aller Minderheitenrechte!)

Daß ein lebensfähiger und nationaler ungarischer
Volksstaat ganz gewiß jederzeit bereit sein wird, mit
einem lebensfähigen und nationalen deutschen Volksstaat
zusammenzugehen, versteht sich für die derzeitigen Herren
in der Ofener Burg von selbst. Auf alle Fälle ist es erfreu-
lich, daß mit der Ernennung Gömbös' sowohl die Gefahr
der französischen Orientierung als auch die des Links-
kurzes in Ungarn automatisch aufgehört hat, und daß Un-
garn mit nachsicherungsbedürftigem Ernst daran geht, den
einzigen möglichen Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Nach
monatelangem vegetierenden „Interregnum“ unter dem

wenig fähigen Grafen Karolyi will nun der seit langer
Zeit erste bürgerliche Ministerpräsident von Feudalungen
zunächst durch klug durchgeführte Sparmaßnahmen des
Staatshaushaltes die Genesung des Landes einleiten; an-
schließend soll eine durchaus aktive Gegenwarts- und
Zukunftspolitik die Brücke zu einer besseren Zukunft bauen.

Das Sofortprogramm erstreckt sich auf alles, was in den
nächsten Monaten geleistet werden muß, um zunächst eine
Verschlechterung zu verhüten. Das ist die primäre Auf-
gabe der neuen Regierung; es kommt nun auf den Geist
und das Tempo der Durchführung an. Unter den heutigen
Verhältnissen ist es verständlich, daß das rettende Sofort-
programm keine allzu kühnen Neuerungen enthält. Die
Umriffe einer zweifellos großzügigeren Politik offenba-
ren sich eben im oben erwähnten „Nationalen Arbeits-
plan“, der in klarer Gliederung alle Reformpläne der
neuen Herren aufmarschieren läßt.

Das größte Interesse verdient die Rationalisierungs-
politik, die sich auf Produktion, Landwirtschaft und Han-
del erstreckt. Den Einklang zwischen Erzeugung und Ver-
brauch will die Regierung auf keinen Fall durch Senkung
der Lebenshaltung der Massen erreichen. Im Gegenteil:
Durch Anspornung aller produzierenden Kräfte, durch
ihre richtige Organisation und durch die sich den Bedürf-
nissen anpassende Lenkung ihrer Tätigkeit soll eine höchst-
erreichbare Menge realer Werte produziert werden. Also:
Einschaltung von möglichst weiten Volksschichten in den
Dienst der produktiven nationalen Arbeit nebst Sicherung
von möglichst zahlreichen wirtschaftlich gefunden, produ-
ktiven Klein- und Mittelexistenzen. Im Zusammenhang
damit plant Gömbös die Einführung von solchen neuen
Produktionszweigen, die verhältnismäßig größeren Mas-
sen Lebensmöglichkeiten bieten.

Größte Planmäßigkeit in der Landwirtschaftsproduk-
tion nach Maßgabe des Inlandsbedarfes und der Aus-
fuhrmöglichkeit bildet den einschlägigen Programmpunkt,
der in der Durchführung eine stufenweise Umstellung er-
fordert. Und zwar einerseits auf wirklich ausfuhrfähige
Produktionszweige, die gleichzeitig zur Erhaltung größerer
Massen geeignet sind, auf der anderen Seite auf solche,
die der einheimischen ungarischen Industrie die notwen-
digen Rohstoffe liefern.

In der Erkenntnis, daß die Industrie trotz des Agrar-
charakters von Ungarn zum organischen Bestandteil der
universellen nationalen Produktion gehört, will Gömbös
in der Tat lebensfähige Industriezweige fördern, anderer-
seits aber auch auf diesem Gebiete strengstens rationalisie-
ren. Dies bedeutet praktisch die endliche Aufgabe der bis-
lang lediglich aus Prestigegründen gehaltenen Industrie-
zweige, die zuguterleht nicht nur viel Geld verschlungen
hatten, sondern auch die Leistungsfähigkeit der für den
heimischen Massenverbrauch arbeitenden Zweige sehr emp-
findlich hemmten.

Die Handelspolitik soll alles daran setzen, durch Abbau
des Vermittlungsnetzes Produzenten und Konsumenten
einander näher zu bringen. Auch die Organisation eines
weitverzweigten Transithandelsverkehrs ist vorgesehen,
was bei gegenseitigen Konzessionen der interessierten
Staaten unter ökonomischer Ausnutzung der sehr gün-
stigen zentralen Lage Ungarns im Donaubecken nicht allzu
schwer werden dürfte.

Siedlung, staatlicher Arbeitsdienst für die nächstlie-
gende Zeit und die Förderung genossenschaftlicher Selbst-
hilfe im Zeichen des wahren Altruismus, verfassungs-
rechtliche sowie verwaltungstechnische Neuerungen, Sanie-
rung und Justizreform, ja sogar organischer Ausbau des
Gesundheitsdienstes auf dem Flakland: Ob eigene Ge-
danken oder mit gesundem Instinkt aufgerissene, alles ist
im Arbeitsplan der Regierung enthalten. Der Arbeits-
plan beweist zunächst, daß Gömbös und seine Mitarbeiter
ihre Aufgabe sehr ernst nehmen, das Land aus dem Chaos
der heutigen Krise hinaus einer gesunden Entwicklung
entgegenzuführen. Ob es dem General a. D. gelingen wird,
den nationalen ungarischen Volksstaat aufzubauen, ist al-
lerdings eine zweite Frage. Sagt er doch selbst: „Jedes
Programm, mithin auch dieser Arbeitsplan, ist nur soviel
wert, als davon verwirklicht wird.“

Er hat es jedenfalls leichter als so mancher andere Re-
gierungschef, denn sein Kabinett wird nicht etwa „gedul-
det“, sondern im Sinne einer alles Persönliche zurückstel-
lenden, völlig überparteilichen nationalen Konzentration
ausnahmslos von allen Parteien bereitwillig und wei-
testgehend unterstützt. Es muß aber gesagt werden, daß
es einzig und allein ein Verdienst Gömbös' ist, sich diese
günstige Atmosphäre sozusagen über Nacht geschaffen zu
haben: Er hat eben seine extreme Vergangenheit liqui-
diert, zeigte sich mannhaft genug, sich öffentlich zur Lieber-
parteilichkeit zu bekennen und begann seine vielverspre-

chende Aufbauarbeit mit einem Aufruf an alle Schichten
und Kräfte, die national denken und handeln.

Der Auftakt war geschickt, die Worte, gerichtet „an
alle ungarischen Brüder, gleich, welcher Partei, gleich,
welcher Gesellschaftsklasse und gleich, welcher Konfession“,
nicht minder „wohlklingend“. Sie erfüllten ihren Zweck:
Jeder Ungar, dem an einem wirtschaftlichen Wiederauf-
bau des freien selbständigen Ungarlandes gelegen ist, un-
terstützt die kluge Theorie des Ministerpräsidenten.

Nun so, aus der Theorie Praxis werden. Wir haben
Worte gehört und wollen endlich Taten sehen!

Zur kirchlichen Lage.

Von Pastor Wilm.

Von neuen Wegen.

„Neue Wege und neue Wirklichkeiten haben sich auf-
geboten“, so hieß es neulich in einer großen politischen
Versammlung. Wie weit die Hoffnungen, die sich in
diesem Satz ausdrücken, in Erfüllung gehen, können wir
heute noch nicht wissen. Das Angesicht unseres Volkes
trägt gegenwärtig jedenfalls in schmerzlicher Vertiefung
noch die alten Züge der Zerrissenheit, des mühen-
reichen Kampfes gegeneinander, der vor dem äußersten, vor Ge-
walt bis zum Norden nicht zurückschreckt. Und wenn
von neuen Wegen der Kirche geredet wird, so kann dies
keinesfalls heißen, daß nun endlich die Kirche,
worauf viele warten, politisch Partei nimmt. Vielmehr hat
die Kirche gerade in solcher Zeit der äußersten Unruhe
nur die eine Aufgabe, sich auf ihr Ureigenes zu be-
sinnen. Dies Ureigene aber ist das Evangelium. Es
ist nicht Gottes Wort, wie Luther sagt, darum, daß es die
Kirche sagt, sondern daß Gottes Wort gesagt wird, darum
wird die Kirche. Die Kirche macht nicht das Wort, sondern
sie wird von dem Wort. Und es gehört zu den Wundern
dieses Wortes, daß es immer quer durch alle menschlichen
Geistesrichtungen politischer Parteien usw. als ein zu
jeder Zeit neues und gegenwärtiges sich lebendig und
kräftig erweist. Daß man doch nur dieser Kraft aus der
Ewigkeit einmal stille halten möchte, statt ihr auszu-
weichen durch den Eifer, mit welchem man sich auf peri-
pherische Fragen wirft. Wieviel wird heute geschrieben
und gesprochen über solche Themata wie „Kirche und
Volksstum“, oder „Die Mittel im Kampf gegen die Gott-
losenbewegung“, und das Evangelium, Christus
selbst, wird dabei als bekannt vorausgesetzt, so daß
man dann für seine eigenen Ansprüche mit Unbeküm-
mertheit die Ausdrücke vom Evangelium her, „Mit Gottes
Hilfe“, „Im Dienste Gottes“, in der „Verantwortung
gegenüber dem Schöpfer“ getrost gebraucht, ohne das in-
wendige Zittern vor dem heiligen Namen Gottes und
seines Evangeliums.

Da ist es eine Freude, auf ein vor kurzem erschiene-
nes Buch hinzuweisen, das allein durch das Ernst-
machen mit dem Evangelium selbst einen neuen
Weg von innen heraus einzuschlagen sucht. — In über-
reicher Fülle mit einer Menge von Zitaten der Ver-
fasser theologische, politische und kulturelle Bewegungen
der Zeit an unserm geistigen Auge vorüberziehen. Aber
durch seine nicht immer leicht verständliche Redeweise,
die ein gründliches Mitdenken erfordert, spürt man als
Untertan die Ergriffenheit von der Botschaft
des Reiches Gottes, welches in Christo ist und
kommt, hindurch. Und dadurch wirkt alles, was er sagt,
als ein starker Appell an das christliche Gewissen und
als eine Frage an den Leser, ob auch ihm die Herr-
schaft Jesu die eigentliche und einzige Hauptsache
geworden ist? „Das Evangelium, so sagt er, verkündet
Erfüllung und Erlösung nicht durch Satzungen und nicht
durch Polemik, sondern in Enttäuflung, Heimführung,
Leid, Demütigung — innerhalb welcher Erfolge, auch
immer, quer zu welchen religiösen, moralischen, politischen
Selbstgefühlen auch immer. Das Evangelium sieht das
Heil da kommen, wo menschliches Selbstgefühl zusanden
wird, da, wo gerade auch das Selbstgefühl der religiösen
Gewissensentscheidungen ernüchtert, bescheiden und stille
gemacht wird.“ Das Reich Gottes ist eben für ihn nicht
ein bloßer Glaubenssatz, sondern ein Geschehen von
Gott her. Freilich steht diese Heimführung durch Gott im
Zeichen des Kreuzes und eben um des Kreuzes
Christi willen haben wir immer wieder einer Vernichtung
aller unserer menschlichen Ansprüche von Gott her ent-
gegenzusehen. Dabei ist M. W. weit entfernt davon, nun
etwa eine quietistische Gelassenheit als die rechte Haltung
des Christen zu empfehlen. Die Vitalität, das innere

*) Hans Michael Müller, „Macht und Glaube“. Verlag Ch.
Kaiser, München. Broschiert 9,70 Mk., gebunden 11,50 Mk.

lebendige Einsen der ganzen Kraft für die Dinge, mit welchen wir uns blutnähig oder kulturell verbunden wissen, sieht er durchaus als ein notwendiges Zeichen dafür an, daß ein Menschenleben wirklich gelebt wird. Was also ein jeder an seiner Stelle mit ganzem Ernst kämpfen und sein Leben einsetzen.

Aber das ist nun nach M. der Weg der neuen Buße, die er auf Grund des Evangeliums fordert, daß man sich bei allen Kämpfen, weltanschaulicher und politischer Art auf seine Ichgebundenheit zu besinnen habe und also niemals auch den Gegner von dem heilvollen Werten Gottes ausschließen dürfe. „Sofern Christen als Gemeinde im Namen ihres Herrn, der aus Kreuz kam, etwas tun und seinen Namen zu ihrem Handeln anrufen, kann das ausschließlich sein; unverkürzte Buße, Verheißung des Heils für alle, unpolemische, nicht politische Bete. Von der Praxis des anathematisierens (Verdammens) hat die Christenheit keinen Segen gehabt. Sie ist wider das Evangelium — ob bei Luther oder bei den anderen. Heilsansprüche zuungunsten anderer sind nicht nur menschlich gemein, sie sagen nicht nur vom Evangelium rein gar nichts (sondern das Gegenteil), sie haben auch praktisch die Christenheit ruiniert. — Unter lauter Streitbotschaften ist die Trostbotschaft nicht mehr zu hören“. Hier spricht er auch ein erstes Wort in die theologische Diskussion unserer Tage hinein. Der lebendige Christus ist immer größer als alle Auffassungen von ihm, als alle auch positiv fundierten Systeme. „Ein Messias, der systematisch intrigiert, methodisch triumphiert, jeglicher Messias, der so steht und nicht, ist nicht Jesus Christus der Herr. Jesus von Nazareth kam aus Kreuz, die streitenden Christen sind wie die Pharisäer und der Hohe Rat... Sie rufen gegeneinander zur Gewalt auf, und eben darin wird ihre menschliche Herkunft sichtbar.“ So deckt er den inneren Widerspruch auf, mit dem man etwa im Kampf gegen den Bolschewismus alle möglichen religiösen Positionen von der katholischen an bis zur äußersten liberalen in einer Front vereinigen will, um dann wieder untereinander ganz ebenso kräftig zu streiten wie vorher gegen den scheinbar gemeinsamen Feind. So sieht er also zwar den Kampf als unaufhebbar, aber die Entgiftung des Kampfes ist ihm unter dem Licht des Reiches Gottes das mögliche und in allererster Linie nötige Erfordernis. „Gott will es. Dieses zu allererst. Das soll die Kirche sagen, denn Gott will, daß allen Menschen geholfen werde. Er sucht alle heim, weil alle unter der Sünde beschliffen, seiner Gnade nicht wert sind. In diesem Unwert und auf Hoffnung dieser Gnade können und müssen die Menschen sich finden trotz aller Gegensätze, und sich achten bis hinein in das Ringen um die rechte Gestalt der Welt.“ „Gott helfe uns und unsern Gegnern, ihnen und uns zu dem, was sein Hindurchgreifen ist. — Bei uns nicht anders, als bei jenen.“

Nur, soweit die Entgiftung bei den Führern geschieht, können diejenigen, die für die Zukunft des Volkes schließlich doch die Hauptsache sind, die verborgene Schar der Kleinen, zum Aushalten kommen. Denn, immer wenn Frieden geschlossen werden muß mit dem Alltag, bedeuten die durch die Größe eines Sieges entfremdeten Wortführer und lauten Täter nichts, die Stillen im Lande wieder alles. Halten sie aus, wächst neue Einfachheit und Opferwilligkeit um sie auf, dann läutert auch die Not einer einseitig entwickelten Herrschaftsgewalt das Volk. Verlagen sie, dann versagt das Wesentliche, was vom Menschen aus zur Erhaltung des Ganzen, des Volkes und der Menschenwelt getan werden kann und getan werden muß.“ Auf diese Bedeutung der Stellung der Stillen im Lande geht auch das von ihm an anderer Stelle zitierte Wort von Frank Thies hin, in dem es heißt: „Wir müssen wieder ganz von vorne beginnen, wir müssen beim einfachen, wahren, warmen Leben beginnen, beim unbedingten Vertrauen von Mensch zu Mensch, bei der entgegenseitigen Arbeit und gegenseitigen Hilfe. Nenne es nationalen, nenne es weißen Kommunismus. Was ist Name? Vor allem aber muß die Lüge hinausgelegt werden aus dem Dasein der Nation.“

Die Unglücksstadt Neunkirchen.

Das Gesicht der Stadt und ihre Geschichte.

Trübe hängen die graugelben Wolken das ganze Jahr über dieser Stadt. Es ist so, als ob die Stadt nicht zur Freude kommen dürfte. Die Hütten- und Eisenwerke, die Zechen und Schlote werfen ihren ungesunden Dunst in die Luft, der sich zu künstlichen Wolken formiert und die Stadt jahraus, jahrein belagert. Seitdem die Industrie die bäuerliche Bevölkerung aus Neunkirchen verdrängt hat, hängt diese düstere Trauerwolke über Neunkirchen, das heute 40 000 Menschen zur Wohnstadt geworden ist. Vergleute, Hüttenarbeiter, Glasmacher und Eisenbahner beherbergt Neunkirchen vornehmlich in meist anspruchslosen, dunklen, dumpfen Mietshäusern. Die Anlage der Stadt litt von jeher unter der Ungunst der Natur. Der Boden ist bucklig. Mitten in der Stadt müssen Menschen, Tiere und Motore plötzlich einen Anlauf nehmen, um die steile Hauptstraße hinaufzukommen. In den alternden Straßenbahnwagen hat man jedesmal das ungemütliche Gefühl: gleich geht's nicht mehr weiter.

Das Stadtbild ist wie der es beschattende Himmel: düster, ernst, verhärtet. Hier müssen Menschen schwer schaffen, und das gibt der ganzen Stadt ihr Gepräge. Nur die neue Hüttenanlage, die sich wie zum Ersatz für einen Park mitten in die Ansiedlungen der Menschen gesetzt hat, und der Bahnhof sind Bauten mit modernem Gesicht. Erst seit wenigen Jahren ist man in der Lage, draußen vor der Stadt an dem Rande der Wälder geschmackvolle Arbeiterwohnungen zu errichten. Der Bahnhof ist von neuzeitlicher Gestalt. Er bildet für das Saargebiet das östliche Ausfallstor: die Pfalz und

So wird ihm dann zur Hauptsache, die Ebenbürtigkeit im politischen Machtkampf vorauszusetzen. „Verkehrung des Gegners ist vom Blickpunkt der „reinen Politik“ aus Zeichen der Demagogie oder religiösen Wahnsinns. Was sein, daß insbesondere heute auf die Dauer nur demagogisch Politik getrieben werden kann. Im Fall der reinen, begrifflich und moralisch reinen Politik steht Ueberzeugung gegen Ueberzeugung, Einseitigkeit gegen Einseitigkeit, Recht gegen Recht und Macht gegen Macht. Bismarck sagt 1866: „Wir haben nicht eines Richteramt zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben. Wo immer man auf Gottlosigkeit und Heillosigkeit politisch klagt, hört in Wahrheit die Politik auf und fängt der Strafvollzug an — bezw. das Amt der Inquisition.“ Spricht man dem Gegner und seiner Sache die Ehre ab, so kann er nicht mehr Partner eines lauten politischen Kampfes sein.“ — Besonders charakteristisch für M.s Stellung ist auch das Wort, in welchem er warnt, auch den Namen des Teufels nicht unnützlich zu führen. „Einer ist gut und einer ist böse. Verborgen sind beide. Jesus sagt, was nennst du mich gut? Ebenso wird mir gefragt, was nennst du jene — die Liberalisten, die Bolschewisten, die Papisten — böse? Einer ist böse, und wer ist diesem Einen entronnen?“

So bahnt also M. M., wenn ich ihn recht verstehe, hier eine neue Stellung der Toleranz an. Es gibt eine Toleranz aus Unglauben, wo man die Absolutheit der Wahrheit leugnet, und wo man sehr intolerant dieser Absolutheit gegenüber sein kann, um dadurch die eigene unsichere Haltung zu rechtfertigen. Ganz anders ist es mit der Toleranz aus Glauben, die eben um der Absolutheit der Wahrheit d. h. um der Herrschaft des lebendigen Christus willen auch den Gegner von dem Heilswalten dieses Herrn nicht ausschließen will. Auch M. M. nennt ja diese und jene Dinge deutlich gotteslästerlich oder antichristlich, so daß also die Glaubens-toleranz ihren kämpferischen Charakter bei ihm voll und ganz beibehält.

Das starke Buch, dessen Inhalt in diesen Ausführungen nur angedeutet werden konnte, bringt zum Schluß ein tapferes Kapitel mit der Überschrift „Furchtlosigkeit“. Hier nötigt uns der Verfasser, dem Neuesten ins Auge zu sehen. „Kein Mensch und keine Gemeinschaft entnimmt dem, was heute geschieht. Denn wer wäre heute und hier nicht mitschuldig, mit hineinverstrickt in den Kampf ums äußere und innere Dasein? Das Ausmaß und der Ernst des auf Gnade und Ungnade miteinander Verketteten in diesem Ringen ist greifbar und anschaulich zu machen — am Risiko völliger Vernichtung durch den technischen Krieg der Zukunft. So zwingt uns die politische Lage der Gegenwart zu einer Haltung gegenüber allem, was von dieser Welt ist, die derjenigen der eschatologischen Weltanschauung der Apostelzeit gleicht. So real, wie man damals mit einem Untergang der weltlichen Herrlichkeit und Erbarmlichkeit rechnete, weil man den Jüngsten Tag nahe wußte, so sehen auch wir heute den Fortschritt der Menschheit wieder als ein Fortschreiten auf den Abgrund zu; es geschähe denn ein Wunder.“ Aber gerade bei dem Blick auf den erschütternden Ernst dieser Situation schaut der Verfasser auf die stehhafte Unabhängigkeit des Reiches Gottes. Denn das Reich Gottes, das sei hier zum Schluß noch einmal hervorgehoben, steht ihm über aller kulturell gebundenen Religion. Im Blick auf dieses Reich schließt M. M. mit den Worten „Die sachliche Klarheit des Machtkampfes und der bedingungslosen Bereitschaft zur Parteinahme in ihm beginnt. Wir wollen uns hergeben in blanke Entschlossenheit und reinen Herzens. Das ist unsere menschliche Ehre und wir lassen den anderen die ihre. Und wenn wir sachlich und persönlich widerstehen, und niederlagen, oder aber selbst geschlagen werden, dann wollen wir weder die Gegner verteufeln, noch unser Beginnen verklären, sondern uns der Gnade Gottes bescheiden, frei auf dem Gewissen stehen und wenn es denn sein muß, Platz machen dem, was nach uns kommt.“

das südliche Rheinland zur Nahe hin werden durch ihn erschlossen. Eisenerz und Kohlen rollten auf diesen Güterzügen täglich aus dem Neunkirchner Bahnhof hinaus. Seitdem die Franzosen ihre Hand auf die Saargruben gelegt haben, ist auch hier ein Wandel zum Schlechten eingetreten. Ein paar Schienenkilometer von Neunkirchen fort liegen die französischen Zollhäuser, die den Verkehr des Saargebietes mit seinem deutschen Mutterlande gefährlich unterbinden. Ueber der Stadt wehen auf Zechen und Grubenhäusern die französischen Flaggen. Aus der Hand seiner Feinde muß der Neunkirchner Arbeiter sein tägliches Brot entgegennehmen. So gefestigt sich zu dem wirtschaftlichen Druck noch der nationale, der mit seltener Geduld nur deshalb hoffnungslos wird, weil man 1935 die Möglichkeit hat, durch Abstimmung das Saarland von der Fremdherrschaft zu befreien.

Es ist ja auch nicht das erste Mal, daß der Franzose Gewalt über Neunkirchen und über das Saargebiet ausübt. In seiner siebenhundertjährigen Geschichte hat Neunkirchen schon mehrmals die Landfremden erdulden müssen. Im Jahre 1281 wird Neunkirchen zum erstenmal urkundlich erwähnt. Das Gut Neunkirchen wurde an ein anderes verkauft. Da es zu dieser Zeit schon eine Kirche besaß, aber zum Amt Wiebelskirchen mit einer älteren Kirche gehörte, erhielt sich sein Name: „zur Neuen Kirche“ oder Neunkirchen. Schon damals gab es einen Schmied in Neunkirchen, der das Eisen verarbeitete. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wurde in Neunkirchen eine Eisenhütte betrieben, die aber im 30-jährigen Krieg zerstört wurde. Dieser Krieg ruinierte die strebsame Gemeinde. Sie zählte 1635 nur noch vier Untertanen. Hundert Jahre später waren es wieder 283 Bewohner, auch war die Hütte wieder in Gang gebracht. Im Jahre 1770 berührt Goethe

Nach diesen Andeutungen kann wohl dem Leser zugemutet werden, daß er etwas davon merkt, was hier unter einem neuen Weg zu verstehen ist. Die tiefergehende Erörterung über den starken Kampftruf dieses Buches wird ja voraussichtlich in der breiteren Öffentlichkeit nicht lange auf sich warten lassen.

Aufgehobene Zeitungsverbote

Die Verbotsmaßnahmen gegen die Zentrumsblätter wieder rückgängig gemacht. — Aussprache zwischen Göring und Marx.

Berlin, 20. Februar.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der kommissarische preussische Innenminister Göring das am Sonntag ergangene Verbot für die Zentrumsblätter wegen Veröffentlichung des Aufrufs katholischer Verbände wieder aufgehoben, nachdem am Sonntagvormittag in einer Unterredung mit Reichskanzler a. D. Dr. Marx und dem Generalsekretär der Zentrumsparlei, Reichstagsabgeordneter Vödel der Standpunkt der Regierung durch eine Erklärung der genannten Herren Genugtuung erfahren hatte. In der Besprechung erklärten Dr. Marx und Dr. Vödel, daß sie glaubten, im Sinne der katholischen Verbände, die den Aufruf unterzeichnet haben, zu handeln, wenn sie jetzt die Erklärung abgaben, daß in dem Aufruf in keiner Weise eine Beleidigung oder böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung gemeint sei, sondern daß der Aufruf von der Sorge über die politische Entwicklung getragen war, wie sie nach Meinung der katholischen Verbände die Zukunft nehmen könnte.

Daraufhin entschloß sich Reichsminister Göring, das bereits verhängte dreitägige Verbot der Zeitungen aufzuheben, da durch die obige Erklärung der Standpunkt der Regierung Genugtuung erfahren hat. Zugleich nimmt er Anlaß, die betroffenen Zeitungen zu warnen, Aufrufe, die beleidigende Erklärungen enthalten, einfach abzudrucken, da ein solches Verfahren für die betreffenden Zeitungen zum Nachteil gereichen muß. Reichsminister Göring hofft, daß für die Zukunft diese Verwarnung genügen wird, um nicht zu weiteren Verboten gezwungen zu werden.

Nimmt Gronowski Urlaub?

Münster, 20. Februar.

Wie Oberpräsident Gronowski mitteilt, ist an ihn von Berlin die Anweisung ergangen, Zentrumsblätter, die einen Aufruf katholischer Verbände veröffentlicht haben, zu verbieten. Oberpräsident Gronowski erklärte gleichzeitig, daß er seinen Urlaub einreichen werde.

Aus dem oben erwähnten Grunde war eine ganze Reihe von Zentrumsblättern auf drei bis acht Tage verboten worden, u. a. die „Ermlandische Zeitung“ in Braunsberg, die „Fuldaer Zeitung“ in Fulda, der „Heftische Kurier“ in Rassel. Weiter wurden verboten auf Ersuchen des Reichsinnenministers die beiden badischen Zentrumsblätter der „Pfälzer Boten“ in Heidelberg und die „Deutsche Bodenseezeitung“ in Konstanz, sowie die beiden sozialdemokratischen Zeitung „Volkstreu“ in Karlsruhe und „Freie Presse“ in Pforzheim. Die in Rassel erscheinende kommunistische „Rote Sturmflut“ wurde auf vier Wochen verboten.

Maßnahmen gegen die ehemalige Preußenregierung.

Der Reichskommissar für das Land Preußen von Papen hat den Mitgliedern der ehemaligen preussischen Regierung Braum schriftlich mitgeteilt, daß er künftig ihren Anspruch auf Dienstauswandsentschädigungen und Benutzung von Dienstkraftwagen nicht mehr anerkennen könne, da sie nach der neuen Verordnung des Reichspräsidenten keinerlei Befugnisse mehr ausüben hätten.

Beurlaubungen im Berliner Polizeipräsidium.

Regierungsdirektor Goehrke, der Leiter der Fremdenpolizei im Berliner Polizeipräsidium, ist beurlaubt worden. Ferner wurden beurlaubt u. a. der stellvertretende Leiter der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Dr. Kopp; der Leiter des Außendienstes der Politischen Polizei, Kriminaldirektor Scherler; der Leiter des Einbruchsbetriebs, Kriminalrat Klingenhöller.

auf seiner Reise von Straßburg aus Neunkirchen. Darüber steht in „Dichtung und Wahrheit“ zu lesen: „Wir betraten bei tiefer Nacht die im Talgrunde liegenden Schmelzhütten und vergnügten uns an dem seltsamen Halbdunkel dieser Bretterhöhlen, die nur durch das glühenden Ofens geringe Dämmung kümmerlich erleuchtet werden. Das Geräusch des Wassers und der von ihm getriebenen Wassröhre, das fürchterliche Säusen und Pfeifen des Windstroms, welcher, in das geschmolzene Erz wühlend, die Ohren betäubt und die Sinne verwirrt, trieb uns endlich hinweg, um in Neunkirchen einzukehren, das an den Berg hinaufgebaut ist.“

Das Jahr 1792 sah, die Franzosen im Land. Der Oberst Blücher stellte sich mit seinen roten Husaren ihnen entgegen, und hier bei Neunkirchen war es, wo die Franzosen zum erstenmal auf den preussischen Draufgänger Blücher stießen, den sie von hier an fürchten lernten. Die Mitte des 19. Jahrhunderts brachte für Neunkirchen den großen Aufschwung. Durch die Erbauung der Eisenbahnstrecken, die rasch aufeinander folgten, mußte der Hüttenbetrieb stark vergrößert werden. Die Hütte, die Karl Ferdinand Stumm 1858 übernahm, wurde zu einem der größten Eisenwerke Deutschlands. Die Stadt wuchs rasch und zählte heute rund 40 000 Einwohner. Am 23. Dezember 1921 wurden der Gemeinde Neunkirchen die Stadtrechte gewährt.

Die Katastrophe, die jetzt über Neunkirchen hereingebrochen ist, lenkt die Blicke aller Deutschen auf die Südwestecke unseres Vaterlandes, wo sich ganz widerständig ein völkerrrechtlicher Zustand entwickelt hat, der auf die Dauer untragbar ist. Die Abschaffung des Saargebietes von Deutschland ist genau so unhaltbar wie der ganze Versailler Vertrag.

M. Böhme.

Köln, 19.

sammlung der schierten am 6. SS-Leute form Köln-Machen ohne jeden Anstand

Am Abend händler Adolf des Kölner

leiter Grobe teilnehmer beg Kölner Regier

für das Polg führer im We

Stiller erklärte der jehigen R

heute am lau gehabt, ein P

dieser Progra Novemberpart

junge Bewegu habe, sei kein

erhebende Vo hinweg sich d

gegen alle Er unter der Flag

nur Unfreihei sche Volk getre

tigte sich dan seinen einzeln

eine Anklage trum heute fü

erinnern, daß SEDAP, als

trum heute C seiner 12jährig

Atheisten den Zentrum könn

Wunsch nach die Wahrheit.

Jahrelang legten 14 Jah soll uns vier

der kommenden

Silf

Wesentliche

Amtlich w

Der Reich für eine der

verordnungen als möglich zu

Reichspräsident vornehmlich a

hinterbliebenen grüßt, daß die

senflichen Sch

Die Reich gefaltet, auf

gehen. Der 2 Anteilnahme

regierung bek

Ueber den neten Verordn

Durch die ordnung wird

der Kriegsbeß Angestellten

hin wesentlic ruhende Teil

trag von 50 2

Es verble

lorgungsbau aus der Sozi

unter Umstän sprechende R

Be a m t e, d gialversicherung

Das Reich Kinderzulage

Vollendung d Bei Berufsau

Vollendung d

Ferner n im Vernaltum

Die Hau Erhaltung de

heime der R erhalten habe

Tragung der gewahren. A

weiterer Gru benen Mittel

Die nach wen, die nicht

künftig in gr Endlich sind

ehemalige Off den.

Die gefar fordern etwa

tionen auf d

Hitlers Abrechnung mit dem Zentrum

Der Reichskanzler in Köln

Köln, 19. Februar. Zur Einleitung der Wahlversammlung der NSDAP. mit Reichskanzler Hitler marschierten am Sonntag nachmittag etwa 10 000 SA- und SS-Leute sowie Amtswalter der Partei aus dem Gau Köln-Machen durch die Stadt Köln. Dieser Marsch verlief ohne jeden Zwischenfall.

Am Abend sprach in einer Riesenkundgebung Reichskanzler Adolf Hitler. Die gesamten Ausstellungshallen des Kölner Messegeländes waren dicht besetzt und Gauleiter Grohe konnte annähernd 100 000 Versammlungsteilnehmer begrüßen, darunter als Behördenvertreter den Kölner Regierungspräsidenten und den Sonderkommissar für das Polizeiwesen im Westen, den höheren Polizeiführer im Westen, Stieler v. Seidekamp. Reichskanzler Hitler erklärte zunächst, die Frage nach dem Programm der jetzigen Regierung sei abwegig, denn diejenigen, die heute am lautesten fragten, hätten 14 Jahre lang Zeit gehabt, ein Programm durchzuführen. Das Ergebnis aller dieser Programme sei nur die ungeheure Not, die die Novemberparteien über Deutschland gebracht hätten. Die junge Bewegung, die jetzt die Regierung übernommen habe, sei keine Partei, sondern es sei das sich wiedererhebende Volk, das über Parteien und Konfessionen hinweg sich die Hand reiche zu einem schweren Kampf gegen alle Erscheinungen, die in den letzten 14 Jahren unter der Flagge „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ nur Unfreiheit, Ungleichheit und Feindschaft in das deutsche Volk getragen hätten. Reichskanzler Hitler beschloß sich dann mit dem Wahlausruf des Zentrums in seinen einzelnen Teilen. Jedes Wort dieses Ausrufes sei eine Anklage gegen das Zentrum selbst. Wenn das Zentrum heute für Freiheit eintrete, so müsse man es daran erinnern, daß es 12 Jahre lang die Mitglieder der NSDAP. als vogelfrei behandelt habe. Wenn das Zentrum heute Gott anrufe, so sei festzustellen, daß es bei seiner 12jährigen Zusammenarbeit mit Marxisten und Atheisten den Segen des Herrn nicht gehabt habe. Das Zentrum könne jetzt bei dieser Wahl bekunden, ob sein Wunsch nach Freiheit nur ein Lippenbekenntnis sei oder die Wahrheit.

„Jahrelange Arbeit ist notwendig, um die Schäden der letzten 14 Jahre wieder gutzumachen. Das deutsche Volk soll uns vier Jahre Zeit geben. Dies erwarten wir von der kommenden Wahl. Ich glaube aber, die Würfel sind

in Deutschland bereits gefallen. Die neue Bewegung wird die deutsche Nation einen und wird arbeiten an der Erhaltung des deutschen Bauern. Sie wird die Sorge um den deutschen Arbeiter tragen und die Bahn frei machen für den deutschen Geist. Sie wird endlich der deutschen Wirtschaft wieder eine Zukunft geben. Wir kennen nur ein Programm, und das ist die Idee zur Durchführung des Lebenskampfes der deutschen Nation. Ich habe mein Amt nicht übernommen, um mich zu bereichern, sondern ich habe es übernommen zur Rettung des deutschen Volkes. In vier Jahren werde ich genau so wieder vor dem Volke stehen und Rechenschaft ablegen. Aber ich glaube, schon nach einem Jahr wird sich zeigen, daß wir alles tun, um das deutsche Volk in Recht und Gerechtigkeit zu einem Reich der Kraft und Freiheit emporzuführen.“

Reichskanzler Hitler wurde bei seinen Ausführungen oft von stürmischem Beifall unterbrochen. Die in den Hallen zusammengeballten Menschenmassen brachen immer wieder in Heilrufe aus. Das Deutschlandlied beschloß die Massenkundgebung.

Reichskanzler Hitler ist am Sonntagabend nach Schluß der Kölner Kundgebung im Flugzeug nach Berlin gestartet.

Zwei Tote am Sonntag.

— Chemnitz, 19. Februar. Während der Mittagsrast einer SA-Standarte kam es am Sonntag mittag in Arfenschlag bei Chemnitz zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, in deren Verlauf der 18-jährige Reichsbannermann Paul Franke durch einen Messerstich so schwer verletzt wurde, daß er auf dem Wege in das Krankenhaus starb. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

— Frankfurt a. M. 19. Februar. In der Nacht zum Sonntag ist es zwischen heimkehrenden Nationalsozialisten und Kommunisten in der Friesengasse zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei 4 Schüsse fielen. Zwei Kommunisten mußten in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert werden, wo einer von ihnen inzwischen gestorben ist. Der zweite Schwerverletzte schwebt noch in Lebensgefahr. Die Polizei nahm eine Verhaftung vor.

opferrente, etwa 8 bis 10 Millionen sind durch die Heraussetzung des Höchstalters für den Empfang von Kinderzulagen und Waisenrenten bedingt, etwa 2 Millionen durch die Beihilfen für Kriegsbefähigte, deren Rente durch Kapitalabfindung abgelöst worden ist, gleichfalls 2 Millionen RM durch die Zulagen für Kriegserwitwen, die Zulagen erhalten, und weitere 150 000 bis 250 000 Mark werden für die Zuschüsse für studierende Kriegserwitwen aufgewendet.

Sherabsetzung der Krankenkassegebühren?
Die Reichsregierung wird ihre Kabinettsarbeiten wahrscheinlich am heutigen Montag nach der Rückkehr des Reichskanzlers Hitler fortsetzen. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß in den neuen Kabinettsitzungen auch die Frage der 50-Pfennig-Krankenkassegebühren weiter erörtert wird. Inzwischen sind die finanziellen Wirkungen einer Ermäßigung der Krankenkassegebühren auf 25 Pfennig geprüft worden.

Verstärkter Zollschutz

Veröffentlichung der landwirtschaftlichen Zollsatzverordnung.

Berlin, 20. Februar.
Die vom Reichskabinett auf Vorschlag des Reichsministers Hugenberg verabschiedete Verordnung über Zollsatznahmen auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Fischerei wird jetzt veröffentlicht.

Die neuen Zölle betragen für Buchweizen 10 Mark, Speiseerbsen 30 Mark, Futterbohnen und Lupinen 10 Mark, Raygras und Timotheehafer 36 Mark, andere Grasarten 50 Mark, Grünfutter, Heu und Stroh 3 Mark je Doppelzentner. Ferner sind die Zölle für Rottkohl, Wirsingkohl und Weißkohl auf 8 Mark und für Salat auf 20 Mark je Doppelzentner erhöht worden, wobei allerdings für die letzteren die noch bestehenden handelsvertraglichen Bindungen das Wirksamwerden des Zollsatzes für bestimmte Jahreszeiten noch nicht ermöglicht.

Auf dem Gebiet der Vieh- und Landwirtschaft sind die Zölle für rohes Schweine- und Gänsefleisch für Blumen und premier jus sowie für Rindertalg entsprechend geregelt worden. Ferner ist für Tafelkäse eine Erhöhung des Zollsatzes von 40 auf 90 Mark und für eingedickte Milch von 60 auf 90 Mark je Doppelzentner vorgenommen worden.

Der Zollsatz für frische Seefische beträgt in Zukunft 10 Mark, für gefrorene 15 Mark je Doppelzentner; für Sprotten ist ein besonderer Zollsatz von 5 Mark je Doppelzentner festgelegt, während frische Heringe wie bisher zollfrei bleiben. Die Zollsätze für Karpfen, Schleie, Forellen, Lachse und Hechte betragen in Zukunft 80 Mark, für nicht lebende Fische dieser Arten 60 Mark je Doppelzentner. Für Aale in der Zeit vom 1. Juni bis 30. November 60 Mark, in der sonstigen Jahreszeit 10 Mark je Doppelzentner. Der Zollsatz von 10 Mark gilt auch für alle übrigen Süßwasserfische. Eine entsprechende Regelung ist auch für die Zölle für zubereitete Fische erfolgt. Es wird dafür gesorgt werden, daß für alle Gebiete in Zukunft in ausreichendem Maße deutsche Fische zur Verfügung stehen.

Zur Förderung des Absatzes deutschen Bienenhonigs wird der Zoll für Honig auf 80 Mark je Doppelzentner erhöht. Weiter sind die Zölle für Holz und Holzwaren neu geregelt worden. Hervorzuheben ist die Erhöhung des Zolls für hartes Rundholz auf 36 Pfg. und für stärkeres Nadelrundholz auf 40 Pfg. je Doppelzentner. Dementsprechend sind die Zölle für Schnittholz aus hartem Holz auf 3 Mark und für solches aus Nadelholz auf 2,50 Mark je Doppelzentner festgelegt.

Drohnote an Oesterreich

Wegen der Hirtenberger Waffenangelegenheit. — Ungehörte Forderungen Frankreichs.

Rom, 20. Februar.

In der seit einigen Wochen erörterten Hirtenberger Waffenangelegenheit, bei der es sich darum handelt, daß ein italienischer Privatmann Waffen österreichischer Produktion an den Ursprungsfabrikanten geliefert hat, um sie reparieren zu lassen, hat sich Frankreich jetzt zu unerhörten Drohungen gegen Deutsch-Oesterreich verhalten. Der französische Vertreter in Wien hat eine Note überreicht, der sich auch England angeschlossen hat und die jetzt von dem halbamtlichen „Giornale d'Italia“ im Wortlaut veröffentlicht werden konnte.

Diese Note, so erklärt das Blatt sehr richtig, erinnert in Ton und in ihren Forderungen an die schlimmsten Zeiten nach Versailles. Sie erklärt, daß die französische Regierung in der Waffenschmuggelangelegenheit eine Verletzung des Artikels 134 des Vertrages von St. Germain und des Artikels 1 des österreichischen Gesetzes von 1928 erblicke und sie fordert die österreichische Regierung diktatorisch auf, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. In Uebereinstimmung mit ihren bisherigen Verpflichtungen hat die österreichische Regierung das Nötige zu veranlassen, um eine völlige Rücksendung der in Hirtenberg und Steyr liegenden Waffen an den abfindenden Spektator sicherzustellen.

2. Im Falle, daß diese auf die Weigerung des Spektators stößt, muß die österreichische Regierung zur Zerstörung der fraglichen Waffen schreiten.

3. Die österreichische Regierung hat den Vertretern Frankreichs und Englands den Beweis der Rücksendung oder Zerstörung der Waffen zu liefern. In jedem dieser beiden Fälle haben die österreichischen Bundesbehörden ihre Erklärungen unter Eid abzugeben.

4. Die österreichische Regierung hat eine Untersuchung zu veranlassen, um festzustellen, ob ein Teil dieser Waffen über die österreichische Grenze weiterbefördert worden ist. Die Ergebnisse dieser Untersuchung müssen den Vertretern Frankreichs und Englands mitgeteilt werden. Falls sich die Frage bejaht, muß die Zahl der auf diese Weise weiterbeförderten Waffen angegeben werden.

5. Zur reiblosen Durchführung der vorsehend angegebenen Maßnahmen wird eine Frist von zwei Wochen, beginnend mit dem Datum der vorliegenden Mitteilung, festgesetzt.

Das Blatt schreibt dazu, der Ton der französischen Note sei unerhört. Er gleiche einem Ultimatum, und die Note stehe besonders hinsichtlich des Verlangens nach eidlicher Aussage der Bundesbehörde

in der diplomatischen Geschichte tatsächlich ohne Beispiel da. Dieses Verlangen bedeute eine Erniedrigung Deutsch-Oesterreichs.

Zum Schluß drückt das Blatt seine Verwunderung darüber aus, daß sich auch die englische Regierung der französischen Note angeschlossen habe.

Rücksendung der Waffen?

Wien, 20. Februar.

In unterrichteten Wiener Kreisen herrscht lebhaftes Bedauern über die Veröffentlichung des Wortlauts der von dem französischen Gesandten überreichten schriftlichen Note in der Hirtenberger Angelegenheit. Wie der „Neuen Freien Presse“ versichert wird, wurde zwischen dem französischen und englischen Gesandten einerseits und der österreichischen Regierung andererseits die strenge Geheimhaltung des überreichten Schriftstücks beschlossen.

Aus diesem Grunde war die österreichische Regierung sehr überrascht, als der stellvertretende tschechische Außenminister Dr. Krostka am vergangenen Mittwoch im Außenministerium des tschechischen Abgeordnetenhauses die Fragen und Antworten der ersten Vorstellungen des französischen und des englischen Gesandten in Wien im Wortlaut bekanntgegeben hat.

Die österreichische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, den sie bereits in der ersten Note festgelegt hat, daß es sich in der Hirtenberger Sache um eine rein kommerzielle Angelegenheit handle, daß die Waffen von privater Seite nach Hirtenberg zur Reparatur geschickt und bei den Zollbehörden als solche deklarieren worden seien, und daß der Friedensvertrag in keiner Weise verletzt worden ist.

Sie beruft sich insbesondere auf Paragraph 134 des Friedensvertrages von St. Germain, der ausdrücklich besagt, daß die Einfuhr und Erzeugung von Waffen und Kriegsmaterial verboten sei, jedoch von einem Verbot der Durchführung und Reparatur von Waffen nichts enthält.

Wie es heißt, will die österreichische Regierung unter Wahrung ihres Rechtsstandpunktes die Waffen in den nächsten Tagen an den Abnehmer zurückschicken und nach vollzogener Einsache dem französischen und englischen Gesandten eine diesbezügliche schriftliche Antwort erteilen, die auch an die Regierungen und nach Genf weitergeleitet werden wird. Damit hofft man, die Sache zum Abschluß gebracht zu haben.

Oesterreichische Absage an die Kleine Entente.

Großdeutscher Kurs in Wien?

— Wien, 19. Februar. In Klagenfurt (Kärnten) hielt der österreichische Vizekanzler Winkler auf einem Vertreterkongress des österreichischen Landbundes vor 400 Mitgliedern eine Rede, in der er auch auf die Hirtenberger Angelegenheit zu sprechen kam. Er sagte u. a., durch die Hirtenberger Affäre sei Oesterreich in eine schwere Krise gekommen. In dem Ultimatum würden Forderungen aufgestellt, die mit der Unabhängigkeit eines Staates unvereinbar sind und im Widerspruch zu seiner Würde stehen. Der Lausanner Pakt werde von der Erfüllung dieser Forderungen abhängig gemacht. Er gab dann seiner Meinung Ausdruck, daß das Ultimatum abzulehnen sei. Im Zusammenhang mit dem Leitartikel der Christlich-sozialen „Reichspost“ vom Sonntag wird die Rede des Vizekanzlers als eine Absage an die Kleine Entente angesehen. Vielleicht kann man sogar darin die Ankündigung

Verbote

zentrumspresse wieder zwischen Göring und

rlin, 20. Februar.

Medienst mitteilt, hat Minister Göring das die Zentrumsblätter katholischer Verbände vorgestern in einer Reichstagsabgeordneten durch eine Erklärung erfahren hatte. Dr. Marx und Dr. Reichstagsabgeordnete haben, zu handeln, daß in dem Aufruf böswillige Veräphtnisse seien, sondern daß politische Entwicklung der katholischen Ver-

ster Göring, das Zeitungen auf der Standpunkt der Zugleich nimmt er an, Aufrufe, die sach abzubilden, da den Zeitungen zum Göring hofft, daß igen wird, um nicht werden.

Urlaub?

ster, 20. Februar.

ist, ist an ihn von msblätter, die einen icht haben, zu vererte gleichzeitig, daß

de war eine ganz bis acht Tage vorleitung in Braunsder „Heftige Ru auf Ersuchen des en Zentrumsblätter die „Deutsche So iden sozialdemokratische und „Freie rscheinende komm vier Wochen ver-

Reichsregierung.

Preußen von Preußischen Minister er künftig ihren ungen und Be anerkennen könne. Reichspräsidenten

Reichspräsident.

iter der Fremden beurlaubt worden. vertretende Leiter Dr. Kopp; der Leb Polizei, Kriminalchdsbezernats, Kri-

Reichspräsident.

zu lesen: „Wir be Grunde liegenden n dem feststamen ur durch des glü erleichtert der von ihm ge Sausen und Pfei smolzene Erz wü erwirrt, trieb uns zukehren, das an

Land.

aren ihnen entge wo die Franzosen aufwänger Wider enten. Die Mitte rchen den großen Eisenbahnstrecken, er Hüttenbetrieb ie Karl Ferdinand em der größten s rasch und zählt . Dezember 1921 Stadtrechte ge

kirchen hereinge hen auf die Süd wanzig widersinnig hat, der auf die des Saargebietes r wie der ganze Ab. Böhme.

Hilfe für Kriegssopfer

Wesentliche Erleichterungen für Versorgungsberechtigte. Berlin, 20. Februar.

Antlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident und die Reichsregierung halten es für eine der vordringlichsten Aufgaben, die durch die Notverordnungen hervorgerufenen Härten soweit und so bald als möglich zu beseitigen oder wenigstens zu mildern. Dem Reichspräsidenten liegen dabei vor allem die Kriegssopfer, vornehmlich also die alten Soldaten, deren Angehörige und Hinterbliebenen am Herzen. Er hat es daher besonders begrüßt, daß die Reichsregierung ihm bereits jetzt einen wesentlichen Schritt auf diesem Wege vorgeschlagen hat.

Die Reichsregierung wird, soweit es die finanzielle Lage gestattet, auf dem Wege der Befestigung von Härten weitergehen. Der Reichspräsident hat seine besondere persönliche Anteilnahme an dem Fortgang dieser Arbeiten der Reichsregierung bekundet.

Ueber den Inhalt der vom Reichspräsidenten unterzeichneten Verordnung wird mitgeteilt:

Durch die von dem Reichspräsidenten vollzogene Verordnung wird die Anrechnung von Versorgungsgebühren der Kriegsbefähigten auf die Renten aus der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung dahin wesentlich gemildert, daß vom 1. April 1933 ab der ruhende Teil dieser Renten weder zwei Drittel noch den Betrag von 50 Mark übersteigen darf.

Es verbleibt den Berechtigten somit neben seinen Versorgungsgebühren von mindestens ein Drittel seiner Bezüge aus der Sozialversicherung, während diese Bezüge bisher unter Umständen in vollem Umfange wegfielen. Eine entsprechende Regelung gilt übrigens für pensionierte Beamte, die neben ihrer Pension Bezüge aus der Sozialversicherung erhalten.

Das Reichsversorgungsgesetz wurde dahin geändert, daß Kinderzulagen und Waisenrenten vom 1. April 1933 bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres (bisher 15.) zu zahlen sind. Bei Berufsausbildungen können die Bezüge wie bisher zur Vollendung des 21. Lebensjahres gezahlt werden.

Ferner werden auf dem Gebiete der Reichsversorgung im Verwaltungswege folgende Erleichterungen angeordnet: Die Hauptversorgungämter werden ermächtigt, zur Erhaltung der von Zwangsversteigerung bedrohten Eigenheime der Kriegsbefähigten, die eine Kapitalabfindung erhalten haben, im Unterstüßungswege Beihilfen zur Tragung der mit dem Grundbesitz verbundenen Lasten zu gewähren. Außerdem werden zur Unterstützung gewisser weiterer Gruppen von Kriegsbefähigten und Hinterbliebenen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die nach dem Reichsversorgungsgesetz versorgten Witwen, die nicht mehr für Kinder zu sorgen haben, erhalten künftig in größerem Umfange als bisher Zulagen. Endlich sind auch die Bestimmungen über Zuschüsse für ehemalige Offiziere und ihre Hinterbliebenen gemildert worden.

Die Mehraufwendungen

Die gesamten Maßnahmen für den Härtenausgleich erfordern etwa 30 Millionen Mark. Davon entfallen 15 Millionen auf den Ausaleich in der Invaliden- und Kriens-

